



## „Bündnis Gesundheit 2000“ in Sachsen

Mit voller Wucht treffen uns - ehemalige Ostdeutsche, die Patienten und die im Dienste der Patienten stehenden, die Gesetzesvorhaben der Rot-Grünen-Koalition. Die Durchsetzung des Gesetzentwurfes bedeutet Staatsmedizin und Planwirtschaft erster Güte mit dem Kartell der gesetzlichen Krankenkassen. Insbesondere ist zu rechnen mit:

- einem wachsenden Bürokraten-Wasserkopf bei der GKV durch das nicht zu bewältigende Handling des Globalbudgets. Das wird Unsummen verschlingen.
- Verarmung in der medizinischen Versorgung der Patienten. Die Mittel werden immer knapper. Resultat ist eine „Wartelisten-Medizin“.
- Der „gläserne Patient“ und der „gläserne Arzt“.
- Gängelung und Bevormundung der Leistungserbringung.

Wir kennen diese Art von Versorgungssystem aus längst vergangenen geglaubten Vorwendezeiten.

Dieser - keinen Fehlbegriff auslassende - Reformentwurf brachte eine Bündelung der Kräfte zustande, all derer, die im Dienste der Patienten tätig sind.

Das bundesweite „Bündnis Gesundheit 2000“ bringt Bewegung in die bisher starre Politik. Wir kennen aus der Vergangenheit zu gut, wohin Starrsinn und fehlende Dialogbereitschaft führen. Das Sächsische „Bündnis Gesundheit 2000“ wurde am 14. Juli 1999 gegründet. Der Sprecher des Bündnisses ist der Präsident der Sächsischen Landesärztekammer, Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze. Das Organisationsbüro wurde in der Sächsischen Landesärztekammer angesiedelt unter tatkräftiger Mithilfe von der Sächsischen Landeszahnärztekammer und der Krankenhausgesellschaft Sachsen. Diese Vereinbarung wurde in gemeinsamer Sitzung am 10. September 1999 beschlossen. Dem Sächsischen Bündnis gehören 29 Mitglieder an.

Das Bündnis ist angetreten, einen Reformentwurf der vorliegenden Art zu liquidieren. Hier hilft keine Kosmetik, sondern nur eine „Radikaloperation“.

Die Probleme müssen deshalb an die Öffentlichkeit. So fand am 15. September 1999 eine Pressekonferenz statt mit Vertretern der Ärztekammer, der Zahnärztekammer, der Krankenhausgesellschaft, der Pflegeberufe und der Apotheker. Eine Pressemappe vereinigte ein gemeinsames Positionspapier und die Statements des Bündnisses. Machtvoll war die Demonstration in Berlin am 22. September 1999 mit über 25.000 Be-



schäftigten der Gesundheitsberufe. Die Beteiligung von Sachsen war sehr gut. Für das Bündnis wurden neun Busse von der Sächsischen Landesärztekammer organisiert, weiter organisierten Krankenhäuser und Landkreise die Reise selbst. Für die aussagekräftigen und klar formulierten Statements der Beteiligten soll hier das Resümee von Prof. Dr. Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer, stehen:

**„Diagnose:** Diese Gesundheitsreform ist krank! Sie leidet unter erheblicher politischer Dysfunktionalität!

**Therapie:** Zurückziehen und mit dem Sachverstand der Beteiligten und Betroffenen eine patientengerechte Gesundheitsreform neu erarbeiten. Wir sind dazu ohne Einschränkungen bereit!“

### „Bündnis Gesundheit 2000“

Einen Tag nach der Großdemonstration begannen die gesetzlichen Krankenkassen eine Kampagne gegen die im „Bündnis Gesundheit 2000“. Zusammengeschlossen mit dem Leitwort: „Schluß mit den Märchen“.

Für diese Kampagne werden drei Millionen Mark - Gelder von Versicherten - ausgegeben. Die Bevölkerung soll damit weiter getäuscht werden und im Unklaren gelassen werden über die gravierenden Folgen der Reform. Die Kampfkampagne gegen die Leistungserbringer läuft bis 22. Oktober 1999 mit Telefonhotline zum Ortstarif, Anzeigen, Broschüren und Informationen im Internet.

### Wie geht es nun weiter?

**Der Gesetzentwurf bedarf in wesentlichen Teilen der Zustimmung des Bundesrates. Frau Fischer wird diese von den unionsregierten Ländern nicht erhalten.**

**Folgender Zeitplan steht in der Politik:**

<b>Beratungsausschuß mit ersten Änderungsanträgen</b>	<b>6. 10. 1999</b>
<b>Sondersitzung mit weiteren Änderungsanträgen</b>	<b>25. 10. 1999</b>
<b>Abschließende Beratung</b>	<b>27. 10. 1999</b>
<b>2. / 3. Lesung im Deutschen Bundestag</b>	<b>4. 11. 1999</b>
<b>Beratung im Bundsratausschuß für Gesundheit</b>	<b>10. 11. 1999</b>
<b>2. Durchgang Bundesrat</b>	<b>26. 11. 1999</b>
<b>Beratung des Vermittlungsausschusses (Einsetzung von Arbeitsgruppen und Beratungsfestsetzung)</b>	<b>30. 11./1. 12. 1999</b>
<b>Einigungsvorschlag des Vermittlungsausschusses</b>	<b>15. 12. 1999</b>
<b>Abstimmung des Ergebnisses des Vermittlungsausschusses im Deutschen Bundestag</b>	<b>16. 12. 1999</b>
<b>Abstimmung des Ergebnisses des Vermittlungsausschusses im Bundesrat (sog. 3. Durchgang)</b>	<b>17. 12. 1999</b>
<b>Inkrafttreten des Gesetzes</b>	<b>1. Januar 2000.</b>

Von den Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Sachsen liegt ein Beschlußantrag vor mit dem Inhalt, daß der Bundesrat beschließen möge, den Entwurf des Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ab dem Jahr 2000 abzulehnen.



Am 15. Oktober 1999 fand eine Beratung der Mitglieder des Sächsischen „Bündnisses Gesundheit 2000“ statt. Dabei wurde der Beratungsstand des Gesetzentwurfes der Bundesministerin Fischer diskutiert. Korrekturen am Entwurf wurden einmütig für untauglich gehalten und abgelehnt. Die politische Situation läßt die Hoffnung zu, daß dieser Entwurf abgelehnt wird und neue Wege beschritten werden. Die Mitglieder des Bündnisses wollen sich dabei Gehör bei den Politikern verschaffen. In allen Fachgruppen liegen Vorstellungen zu Strukturveränderungen vor. Diese Konzeptionen sollen gebündelt werden und zu einem Positionspapier zusammengefaßt werden.

Es müssen neue Wege gegangen werden, da kein nennenswerter Geldzufluß in das Gesundheitssystem zu ermöglichen ist und Rationalisierungsmöglichkeiten weitestgehend ausgeschöpft sind. Die Verantwortung muß auf breite Schultern genommen werden und von den Patienten mitgetragen werden. Noch in diesem Jahr soll das gemeinsame Positionspapier mit Vorschlägen für Strukturveränderungen des Sächsischen „Bündnis Gesundheit 2000“ vorliegen.

Dr. med. Gisela Trübsbach  
Mitglied des Vorstandes  
der Sächsischen Landesärztekammer